

Zeitschrift: Die Vorkämpferin : verfocht die Interessen der arbeitenden Frauen
Herausgeber: Frauenkommission der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz
Band: 13 (1918)
Heft: 1

Artikel: Zur "Zürcher Revolte"
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-351507>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 06.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Gemmischuh im Kampfe zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Hat schon der Arbeiter ein sehr großes Interesse an der Verkürzung der täglichen Arbeitszeit, so gehört die Erreichung des Achtstundentages noch weit mehr zu den dringendsten Forderungen der weiblichen Arbeiterchaft.

Die Gesamtverbände haben eine Totaleinnahme von Fr. 2,164,078.86 zu verzeichnen, der eine Totalausgabe von Fr. 1,716,971.17 gegenüber steht. Für Unterstützung der Mitglieder bei Krankheit, Invalidität und Sterbefällen wurde die ganz respektable Summe von Fr. 720,867.— ausgegeben. Im Jahre 1915 figuriert dieser Posten mit Fr. 551,277.— und im Jahre 1907 zum Beispiel mit Fr. 266,270.—. Durch Teuerung, Not und Wohnungsverschlechterung verliert die Arbeiterchaft an Widerstandskraft, ist Berufs- und anderen Krankheiten weit mehr ausgesetzt und ist deshalb gezwungen, die zur Verfügung stehenden Rassen zu benützen.

Im Berichtsjahr 1916 haben 14 Zentralverbände 814 Lohnbewegungen und Streiks durchgeführt, davon konnten 632 mit einem vollen Erfolg abgeschlossen werden, 169 mit einem Teilerfolg und nur 13 waren ganz erfolglos. Für insgesamt 10,091 Arbeiter wurden durchschnittlich pro Kopf und Woche $2\frac{1}{2}$ Stunden Arbeitszeitverkürzung erreicht. Für 117,955 Arbeiter wurden Lohnerhöhungen ermöglicht, im Durchschnitt Fr. 2.70 pro Kopf und Woche. Für 1024 Arbeiter konnten durchschnittlich drei bis sechs Tage Ferien erwirkt werden. Raffen wir die Angaben der letzten fünf Jahre Revue passieren, so sehen wir, daß das Berichtsjahr 1916 weit oben an steht in bezug auf die Zahl der Bewegungen und der daran beteiligten Arbeitermassen. Im Jahre 1911 zum Beispiel wurden 360 Bewegungen mit 39,793 Beteiligten durchgeführt, eine Zahl, die bis zum Berichtsjahre nicht mehr erreicht worden ist. Im Jahre 1916 wurden durch gewerkschaftliche Kämpfe, Unterhandlungen insgesamt 1,299,792 Stunden Arbeitszeitverkürzung gewonnen und 16,646,390 Fr. Lohnerhöhung. Das sind Zahlen, welche uns nicht nur den Wert der gewerkschaftlichen Organisation klar und unzweifelhaft beweisen, die uns vielmehr mit aller Deutlichkeit zeigen, was die organisierte Arbeiterchaft zu leisten imstande ist, sobald sie den Wert des Zusammenschlusses, den Wert von großen und gut fundierten Organisationen erkannt hat. Noch immer steht weitaus der größte Teil der erwerbstätigen Arbeiter und Angestellten außerhalb jeder Organisation. Diese Eigenbrödlern schaden nicht nur sich selbst und ihrer Familie, sie sind auch ein Hemmschuh für die Gesamtarbeiterschaft. Hier gilt es einzusetzen, wir sind es uns und unserer Klasse schuldig, unablässig zu wirken am Ausbau der Organisation, an der Gewinnung neuer Kämpfer. In Momenten, wo wir all der Kleinarbeit müde werden, wo wir es uns verdrießen lassen, den Kolleginnen, den Freunden, den Wert der Organisation klar zu machen, sollten wir einen Blick auf vorgenannte Zahlen werfen und uns die Macht gegenwärtigen, welche wir verkörpern können, wenn jede Einzelne nur ernstlich will, und wir werden mit neuem Eifer an die Arbeit gehen.

R. B.

Die Barrierenwärterinnen der S. B. B.

An einer Eisenbahnerversammlung im Volkshaus Zürich, an der über 250 Bahnwärterinnen teilnahmen, sprachen sich diese Staatsarbeiterinnen über ihre trostlose Lage aus.

Während draußen auf den Straßen und Plätzen die Milizsoldaten mit aufgepflanztem Bajonett die Zürcher Revolte zu beschwichtigen versuchten, brachten drinnen im Saale die Dienerinnen des gleichen Staates Klagen vor, die man für unglaublich halten würde, wenn sie nicht auf unwiderlegbaren Tatsachen beruhen würden. Mit Tränen in den Augen erklärte eine Reihe dieser Frauen, daß sie mit

einem Hungerlöhnchen von 25—40 Fr. im Monat, also mit einem durchschnittlichen Tagesverdienst von 80 Rp. bis Fr. 1.50, bei einer durchschnittlichen Arbeitszeit von zwölf Stunden und einer Dienstbereitschaft von 16 Stunden den für eine Frau immerhin anstrengenden Barrierenwärterdienst versehen müssen. Andere wieder klagten, daß sie entgegen den Bestimmungen des Ruhetagesgesetzes nach elf Uhr nachts zum Dienste verwendet würden, wieder andere, daß sie bei den Evakuierten- und Militärtransporten die ganze Nacht auf ihren Posten ohne einen klappen Entschädigung ausharren mußten. Ja sogar das Petrol zur Beleuchtung der Unterkunftslokale und die Zündhölzchen müssen auf gewissen Strecken von den Wärterinnen selbst geliefert werden.

Vor einigen Jahren wurden überall eine ganze Reihe von Bahnwärterposten aufgehoben, die Bahnwärter zu den Arbeiterrotten versetzt und an deren Stelle diese Frauen zum Dienste verwendet. Das Monatslohnmaximum einer Barrierenwärterin in der ersten Klasse beträgt 70 Fr., das aber die wenigsten erreichen, weil es die Verwaltung durch ein raffiniertes Klassifizierungssystem versteht, den größten Teil der Frauen in die dritte, selbstverständlich am schlechtesten bezahlte Klasse abzuschieben.

Die Versammlung beschloß, daß unverzüglich eine Erhebung über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Barrierenwärterinnen auf dem gesamten Netze der schweizerischen Bundesbahnen sowie der Privatbahnen vorgenommen werde. Pflicht vor allem der Eisenbahnerschaft aber wird es sein, ihren Kolleginnen im Kampfe um ein menschenwürdiges Dasein kraftvoll beizustehen.

Zur „Zürcher Revolte“.

Zu gerne möchte ich erfahren, was wohl die Frau Weber an der Gegaufmaschine zu diesem „dickrot“ angestrichenen Artikel in der letzten Nummer unserer „Vorkämpferin“ gedacht hat. Ja, ich bin auch gwundrig und möchte zu gerne wissen, ob er bei allen andern Leserinnen Zustimmung oder Widerspruch weckte. Könnten wir uns doch mittelst drahtloser Telegraphie verständigen! Aber leider verstehen wir uns noch immer besser auf Antipathie statt Sympathie; drum ist es so schwer in den Seelen zu lesen und gar nicht so leicht, die geistigen Verbindungen herzustellen.

Gangen wir also gleich beim Schluß an: „Auch unsere Parteileitung hat also versagt im entscheidenden Moment. Man hat schon von Parteibourgeoisie reden hören. Diese Leute gehören dazu.“

Damit sind wohl alle ausnahmslos einverstanden, nicht wahr? Das wußte man ja schon zum voraus, denn immer, wenn etwas versagt, sind es die Leitungen. Mißlingt eine Aktion, dann sind selbstverständlich die „Führer“ schuld.

Bedenken aber alle jene, die ganz rückhaltlos sofort miteinstimmen in das Verdammungsurteil von Parteileitung „Führern“, Behördenmitgliedern, Stadträten usw., wen sie eigentlich im Grunde verurteilen? Wer hat denn die Leitung, wer all die Vertrauensleute, die Vertreter in die Behörden gewählt, oft wieder und wieder gewählt? Heißt es nicht: Jedes Volk hat die Regierung, die es verdient? Wenn eine Leitung im entscheidenden Momente versagt; wenn Behördenmitglieder nicht mehr auf dem Boden des Klassenkampfes stehen, warum werden sie dann nicht durch andere, tüchtigere Kräfte ersetzt? Aber hier — gerade bei den letzten Nationalratswahlen — hat es sich überall gezeigt, daß die Wähler wohl schimpfen; aber dann den Angefochtenen doch wieder ihr Vertrauen schenken, oder nicht einmal so viel Zeit, noch Kraft und Mut besitzen, um an Wählerversammlungen ihrem Protest Ausdruck zu verleihen, daß sie höchstens so hintenherum Wahlmogeleyen betreiben. Und wie steht es, wenn irgend ein Vorstand, eine Parteileitung gewählt werden soll? Ablehnung folgt auf Ablehnung, weil jeder und jede es gerne den andern überläßt, die langweilige Kleinarbeit zu machen und die noch lästigere Verantwortung einer lieber auf den andern schiebt. Kritik zu üben ist gar nicht schwer; aber besser machen? Dann haben diese „andern“ gewöhnlich keine Zeit, keine Lust, kein Interesse oder dann erlaubt es die Gesundheit nicht, oder sie finden sonst einen „wichtigen Grund“. Wenn aber alle jene „andern“, die nicht zur Parteibourgeoisie

gehören, daran zweifeln, ob die heutige sozialdemokratische Partei fähig sei, den Klassenstaat abzuschaffen, wenn sie zu jenem „Teil des Volkes“ gehören, dem es unerträglich wird, zu warten bis der Klassenstaat gesetzmäßig abgeschafft ist“, dann bekennen sie, daß sie sich außerhalb der sozialdemokratischen Partei stellen.

Um das nachzuweisen müßte ich allerdings über einen größeren Raum, als es in der „Vorkämpferin“ möglich ist, verfügen können. Genossin Minna Christinger (Dr. Tobler) drückt sich sehr ungenau aus: „Folgen des Krieges, Folgen der russischen Revolution, Folgen des Hungers, wer weiß es so genau? Alles zusammen schafft einen Geisteszustand, der Ausbrüche wie die Zürcher Revolte zum Naturereignis macht. Das ist der Widerspruch mit den sozialdemokratischen Stadträten. Und unsere Parteileitung?“ Was heißt das eigentlich? wo liegt der Widerspruch? Naturereignisse können durch rein gar nichts abgewendet, können nicht geleitet, nicht irgendwie organisiert, ja nicht einmal verhütet werden, es sind, wie man zu sagen pflegt, Schicksalsschläge. Soll also unsere Partei auf jede Organisation, auf jede Leitung verzichten, einfach fatalistisch abwarten, bis solch ein Ausbruch kommt, ihn wild und frei schalten und walten lassen. Und was dann?

Verbleiben wir beim Zürcher Beispiel: Jene „andern“, die nicht zur Parteibourgeoisie gehören, sind unter der Führung von Pazifisten — Dätwyler wird auch Genossin Dr. Tobler-Christinger nicht zu den geistig Normalen rechnen — vor eine Munitionsfabrik gezogen, um Einstellung der Nachtarbeit zu fordern! Glauben nun die Leserinnen, daß dieser Erfolg uns dem Frieden, dem wirklichen Frieden, auch nur einen Schritt näher brachte? Hätte selbst Schließung einer Munitionsfabrik, selbst zweier auf dem Blake Zürich, wirklich einen entscheidenden Einfluß auf die Kriegführung? Warum blieb diese hungernde Menge im Proletarierquartier? Weshalb steckte sie sich nicht ein „höheres“ Ziel? Im Zentrum der Stadt und in den Villenquartieren wäre doch entschieden mehr zu holen gewesen! Wenn schon diese Volksmenge von Hunger getrieben, „den engen Ring der Geseze sprengen“ wollte, dann mußte man auch ein entsprechend hohes Ziel haben, dann muß man möglichst viel erreichen wollen; dann darf man in den Forderungen, im Verlangen nicht so bescheiden sein und bloß Einstellung der Nachtarbeit einer Munitionsfabrik verlangen, dann müßte es sich um den Sturz der Regierung, um Besitzergreifen derselben und aller Machtmittel, um Beschlagnahme aller Vorräte, um die Expropriation der Banken handeln; aber — — — Ja, eben dieses aber. Diese „andern“, nicht die Parteibourgeoisie, haben sehr wahrscheinlich gefühlt, wenn sie sich dessen auch nicht klar bewußt waren, daß diese hungernde und friedenssehnsüchtige Menge zu schwach war, um solche Forderungen durchzusetzen und allzu rasch bekam es die wehrlose Menge ja leider auch zu spüren, weil in unserem Klassenstaat jene andere, die besitzende Klasse, die mächtigere ist. Diese ging nun allerdings nicht mehr „gesetzmäßig“ vor, sondern schritt zur Gewalt. Wenn wir also den Klassenstaat nicht gesetzmäßig abschaffen wollen, dann müßten wir dieser Gewalt — bewaffnete Polizei und Militär — eine andere Gewalt, die stärker wäre, gegenüberstellen. Ist das nicht auch ein Widerspruch, wenn wir empört sind über das rohe, brutale Dreinfädeln der Polizisten, und im gleichen Moment fordern, wir wollen den Weg der Gesetzmäßigkeit verlassen, wir wollen dem Naturereignis, der wilden Revolte freien Lauf, Gewalt, lassen?

Wenn der Unionsvorstand und seine Kommission einen allgemeinen Streik und seine eventuellen ungeseligen Folgen fürchteten, so doch aus der Erwägung heraus, weil das Kräfteverhältnis zwischen der organisierten Arbeiterschaft, auf deren Mitwirken man zählen müßte, und der Bourgeoisie in Zürich ein solches ist, daß mit tödlicher Sicherheit ein Kampf in diesem Moment vom Bürgertum mit Maschinengewehren begrüßt und ohne großen Kräfteaufwand ihrerseits niedergedrungen worden wäre. Wenn Genossin Dr. Tobler-Christinger diesen Seelenzustand der Leitung nicht teilte, dann kann ich sie deswegen noch nicht bewundern, ebenso wenig wie jene „andern“, die alle so leichtsin mit dem „allgemeinen oder revolutionären Streik“ gern liebäugeln und spielen. Es ist nicht dasselbe, für absolut unabhängige Leute, ebenso für solche, die sich von andern erhalten lassen, ohne Furcht und Schrecken einem allgemeinen Streik ohne Unterstützungsmöglichkeit, der nicht mehr nur einen halben oder ganzen Tag, sondern mehrere Tage oder Wochen dauern müßte, Auge in Auge gegenüberzustehen, wie für Arbeiter und Arbeiterinnen, die ihre Arbeitskraft verkaufen müssen, wenn sie nicht verhungern wollen.

Zudem: Ist es so leicht, die Arbeiterschaft einfach auf den Plan zu kommandieren, wie an anderer Stelle geschrieben stand? Rufen wir uns doch einiges nur während dieser Kriegszeit in Erinnerung. Im Oktober 1914 hatte die Arbeiterunion Zürich zu einer Teuerungsversammlung, wo Forderungen gestellt werden sollten, ins Velobrom eingeladen; beschämend wenige waren erschienen. Die Teuerungsversammlungen im Sommer 1915 waren durch schlechtes Wetter beinahe ins Wasser gefallen; die Teuerungsdemonstration vom 25. August 1916 war gegenüber dem Protest gegen die Polizeiatacke vom 1. August nicht nur an Zahl, sondern auch an Willenskundgebung schwächer, und die vom 12. April 1917, ja selbst die vom 30. August 1917 war doch im Verhältnis zu der stets gesteigerten Teuerung und der Masse, die schwer darunter leidet, zu schwach, vor allem, weil sich beinahe verschwindend wenig Frauen daran beteiligten. Fehlt das nur an der Leitung und an den Führern?

Und noch etwas. Wenn endlich am 16., 17. und 18. November die Masse wirklich einmal vom Hunger und Friedenswillen getrieben, auf die Straße gestiegen wäre, „um den engen Ring der Geseze zu sprengen“, warum hat sie sich dann durch ein paar schlechte Besanftigungsworte des Militaristen Oberst Reiser heimischen lassen? Wenn es wirklich wahr wäre, was Genossin R. B. in einem andern Artikel schreibt: „Eine hungernde, verzweifelte Menge ist selbst mit Maschinengewehren schwer niederzuwerfen“, dann, meine lieben Genossinnen, ja dann bräuchten unsere russischen Genossen nicht mehr mit Sehnsucht auf den endlichen Widerhall im Westen zu warten, dann hätten wir gewiß in Deutschland, Österreich, Italien, Frankreich und England sowie in den neutralen Ländern das, was sie uns vorgemacht haben. Täuschen wir uns und den andern doch nicht immer etwas vor, das der Tatsache widerspricht! Leider sind ja wir im Westen so erbärmlich langmütig, so anspruchslos, so bescheiden, so zahm, so geduldig und lammfromm und so elend feig. So lange wir uns das nicht eingestehen und erkennen, so lange ist auch kein Wille da, diese Schwächen zu überwinden.

Dann kommt aber noch etwas hinzu. Alle wissen, daß das Zarenregiment nur mit Waffengewalt geführt werden konnte; daß die Maximalisten wiederum die Bourgeoisregierung nur mit Gewalt stürzen konnten, daß es zum Bürgerkrieg kam; alle wissen aber auch, daß nicht nur die Fabrikarbeiter, sondern vor allem auch die Bauern, und was das wichtigste ist, die Soldaten auf der Seite der Revolutionäre, der Maximalisten, standen und ihnen halfen. Was lehrt uns aber in dieser Hinsicht die Zürcher Revolte? Sofort wurde Militär aufgeboten. Auch wenn die Soldaten nicht oder falsch informiert wurden, dann sahen sie doch, daß sie nicht gegen einen „äußeren Feind“ zur Verteidigung auf den Helvetiaplatz kommandiert wurden, daß sie gegen ihre Mitidegenossen, gegen Kameraden, gegen Mitbürger ihre Gewehrläufe richteten. Trotz der Aufklärung und „Revolutionierung unserer Armee“ haben sie sich nicht geweigert, wenn ihr Kommandierender so hirn- und herzlos wie die Polizei einfach aus Drauflos! verjessen gewesen wäre; die „Brüder“ im Wehrkleide hätten gehorcht.

Da kann man nicht mehr nur Parteileitung und Behördenmitglieder ansuldigen; wir alle sitzen auf der Anklagebank, weil wir oft zu faumelig sind, nicht jede Gelegenheit benützen, unsere Ideen zu verbreiten, immer und überall zu agitieren, weil wir uns begnügen, den andern Vorwürfe zu machen, selbst aber nicht immer mitraten und mittaten, weil wir uns allzu gern mit Phrasen und ganz oberflächlichem Wissen begnügen, statt in die Tiefe zu dringen, statt uns mit Kenntnissen auszurüsten, um andern auch geben zu können, weil wir uns und andern gern eine Stärke und Macht vortäuschen, die wir wohl haben möchten, sie aber noch nicht besitzen. Es kehre also jede und jeder auch mal ein bißchen vor der eigenen Tür, und jede und jeder wirke mit und warte nicht immer nur, bis die Lösung ergeht.

Ich weiß zu gut, daß nun die meisten Leserinnen nicht mehr mit mir einverstanden sind, weil es viel besser behagt, sich einzugestehen, daß man besser sei, wenn man alle Schuld auf Sündenböcke, statt auf sich selbst abladen kann. Ich will keine Leitung, noch Führer — die es aber in meinen Augen in der Sozialdemokratie nicht gibt, denn ich halte die organisierte Arbeiterschaft nicht für eine stumpfsinnige Hammelherde, die immer nur hinter ihren „Führern“ nachtrötet — entschuldigen. Wenn aber die Vertrauensleute und Vertreter wirkliche Fehler machen, soll man auch fähig sein, zu beurteilen, ob das, was man ihnen zum Vorwurf macht, berechtigt ist oder nicht.

Jenen, die da an der Sozialdemokratie zweifeln, die den Worten der Genossin Tobler-Christinger glauben, will ich das, was Rosa Luxemburg (in „Massenstreik, Partei und Ge-

werkschaften") schreibt, zitteren; man wird sie kaum zu der Parteibourgeoisie zählen wollen:

„Die Sozialdemokratie ist die aufgeklärteste, Klassenbewussteste Vorhut des Proletariats. Sie kann und darf nicht mit verführten Armen fatalistisch auf den Eintritt der „revolutionären Situation“ warten, darauf warten, daß jene spontane Volksbewegung vom Himmel fällt. Im Gegenteil, sie muß, wie immer, der Entwicklung der Dinge voraus-eilen, sie zu beschleunigen suchen. Das vermagine aber nicht dadurch, daß sie zur rechten und un-rechten Zeit ins Blaue hinein plötzlich die „Lösung“ zu einem Massenstreik ausgibt, sondern vor allem dadurch, daß sie den breitesten proletarischen Schichten den unvermeidlichen Eintritt dieser revolutionären Periode, die dazu führenden innern sozialen Momente und die politischen Konsequenzen klar macht. Sollen breiteste proletarische Schichten für eine politische Massenaktion der Sozialdemokratie gewonnen werden, und soll umgekehrt die Sozialdemokratie bei einer Massenbewegung die wirkliche Leitung ergreifen und be-halten, der ganzen Bewegung im politischen Sinne Herr werden, dann muß sie mit voller Klarheit, Konsequenz und Entschlossenheit die Taktik, die Ziele dem Proletariat in der Periode der kommenden Kämpfe zu stecken wissen.“ —ob—

Aus dem Arbeiterinnenverband

Mitteilungen des Zentralvorstandes.

Das neue Statut der Schweizerischen Sozialdemokratischen Partei wurde am Parteitag durch beraten und zum Beschlusse erhoben. Gemäß dem neuen Statut wird es auch den Arbeiterinnenorganisationen möglich sein, sich innerhalb der Partei tatkräftig zu entwickeln, sofern die lokalen Frauengruppen es nicht an der notwendigen Agitationsarbeit fehlen lassen. Die gemäß den Statuten vorgesehenen Änderungen müssen bis zum 1. April 1918 durchgeführt werden.

Es gilt nun vor allem, sich mit den lokalen Parteiorganisationen in Verbindung zu setzen, die Umgruppierung vorzunehmen und bis zum 1. April die Auflösung der lokalen Arbeiterinnenvereine zu beschließen. Die „Vorkämpferin“ wird vorerst in der gleichen Art und Weise weitergeführt, die Vereine haben bis zum 1. April noch die Verbandsmarken zu beziehen und den Mitgliedern ins Parteibuch zu kleben wie bis anhin. Organisationen, welche die Verschmelzung schon durchgeführt haben und nur noch eine Rasse führen, haben für die Zeitung pro Mitglied und Monat 10 Rp. zu bezahlen statt der Verbandsmarke. Dieser Betrag ist provisorisch festgesetzt worden, sollte sich nach Jahresfrist ein Ueberschuß ergeben, wird dieser für besondere Agitationszwecke oder zum Ausbau der Zeitung verwendet.

Das neue Statut sieht eine Vertretung von drei, von der zentralen Frauenagitationskommission zu wählenden Genossinnen im Parteivorstand vor. Wir denken uns die Delegation zusammengesetzt aus einer Vertreterin der Ostschweiz, der Zentralschweiz und aus Basel. Wir ersuchen die Organisationen, sich regional oder kantonal zu vereinigen und uns Vorschläge zu unterbreiten. Sofern wir bis zum 15. Januar keine passenden Nominierungen haben, werden wir auf dem Zirkularwege einige für diese Vertretung in Frage kommenden Genossinnen bezeichnen und diejenigen, welche die meisten Stimmen seitens der Sektionen auf sich vereinigen, gelten dann als gewählt. Der Arbeiterinnenverein Zürich als Frauengruppe des Vorortes wird der Geschäftsleitung die Vorschläge für die Frauenagitationskommission unterbreiten. Vorerst amtet der bisherige Zentralvorstand weiter. Mitteilungen der Sektionen gehen nach wie vor an die Präsidentin: R. Bloch, Hallwilerstr. 58, auch Gesuche für Vermittlung von Referentinnen. Adressenänderungen und Markenbestellungen gehen wie bis anhin an S. Salmer, Muhlstr. 88.

Weitere Mitteilungen folgen auf dem Zirkularwege. Die Abmachungen zwischen der lokalen Arbeiterpartei und dem Arbeiterinnenverein sind dem Zentralvorstand mitzuteilen. Es ist strikte darauf zu achten, daß die Agitationsmöglichkeit seitens der Frauengruppe nicht gehemmt werden kann. Den besonderen Bedürfnissen der Arbeiterinnenbewegung ist im weitesten Sinne Rechnung zu tragen. — Der Bericht über die Verhandlungen des Delegiertentages in heutiger Nummer gilt als Protokoll und ist statutengemäß zu genehmigen.

Delegiertentag des Arbeiterinnenverbandes der Schweiz

1. Dezember 1917, vormittags 9 Uhr, in Aarau.

Unter dem Vorsitz von Genossin Bloch, Präsidentin des Arbeiterinnenverbandes, fand am 1. Dezember 1917, vorgehend dem Parteitag, die Delegiertenversammlung des Verbandes statt in Anwesenheit von 28 Delegierten. Der schwache Besuch ist auf die erschwerte Verkehrsmöglichkeit zurückzuführen.

Die Vorsitzende gibt einen eingehenden Bericht über die Jahresarbeit des Verbandes und stellt dabei fest, daß die einzelnen Sektionen, vor allem aus aber der Zentralvorstand, in seiner Arbeit gehemmt worden sei dadurch, daß die Statuten der schweizerischen Partei auf dem Parteitag in Zürich nicht zur Beratung und Annahme gekommen seien. Eine Reihe von Sektionen haben sich im Laufe des Jahres mit den lokalen Parteiorganisationen verschmolzen, wie das der neue Statutenentwurf vorsieht. Es sind dies die Sektionen Aarau, Attiswil, Bözingen, Luzern, Reinach und Zug. Die Sektion Madswil ist eingegangen. Die Mehrzahl dieser Sektionen, die sich der Partei ihres Ortes angeschlossen, haben erkannt, daß die „Vorkämpferin“ nun das wichtigste Band ist, um mit der schweizerischen und internationalen Arbeiterinnenbewegung im engen Kontakt zu stehen, und hat die Zeitung wie bis anhin bezogen. Dagegen haben in bedauernder Weise die großen Frauengruppen von Luzern und Aarau dies nicht erkannt und unsere Zeitung zählt in Aarau nur noch acht Abonnentinnen, in Luzern sogar nur noch eine, was im Interesse einer engen Fühlung mit der ganzen Arbeiterinnenbewegung sehr zu bedauern ist.

Trotzdem die ganze Werbearbeit durch die im Werke liegenden Statuten erschwert war, weil sie ja die Auflösung des Verbandes vorsehen, konnten doch Neugründungen erfolgen. Es sind dies die Sektionen Burgdorf, Erstfeld, Mett, Nidau, Thalwil, Pieterlen, Beltheim, Wegikon, Hettiswil und Studen. Ober-Entfelden und Rheineck stehen außerhalb des Verbandes.

Der Verband hat im Laufe des Jahres zwei Broschüren herausgegeben und vertrieben. Zina: „Die Soldaten des Hinterlandes“, in 2000 Exemplaren. Robmann: „Der Frauen Stimm- und Wahlrecht. Wozu? Für wen?“, in 1000 Exemplaren.

Die kantonalen Geschäftsleitungen von Zürich und Bern subventionierten den Verband mit je 100 Fr. Die Subvention von Bern wurde der Frauenagitationskommission des Kantons Bern zugestellt.

Der Zentralvorstand hielt monatlich zwei bis drei Sitzungen ab, um die Geschäfte zu leiten und die Zeitung vorzubereiten. Zu Anfang des Jahres bestanden scharfe Differenzen zwischen Zentralvorstand und Redaktion der „Vorkämpferin“ in der Auffassung des Beschlusses der Delegiertenversammlung von 1916. Unter Zuziehung der Beschwerdef Kommission wurde dann gemeinsam ein Reglement aufgestellt für die Redaktion und Herausgabe der Zeitung, an welches sich alle Teile, Zentralvorstand, Redaktion und Druckerei genau zu halten haben.

Der Frauentag 1917 wurde an 40 Orten durchgeführt. Wo Arbeiterinnenvereine bestehen, hat diese Aktion sich fest eingebürgert, dagegen ist es schwer, an Orten ohne weibliche Parteimitglieder einen Frauentag durchzuführen; da muß unbedingt von den benachbarten Frauengruppen aus eine gründliche und planmäßige Vorbereitung gemacht werden.

Die Sektionen Baden, Basel, Rorschach und Zürich haben den Zentralvorstand wirksam unterstützt in der gewerkschaftlichen Agitationsarbeit. In Zürich konnte ein Verein der Wäsch- und Putzfrauen gegründet werden, der 129 Mitglieder zählt; der Verein ist dem Gewerkschaftskartell angeschlossen, viele Mitglieder sind im Arbeiterinnenverein politisch organisiert. Auch Basel hat einen Verein gegründet.

Es wird gegenwärtig daran gearbeitet, die Textil- und Tabakarbeiterinnen der politischen Organisation zuzuführen; hier sollten nun gerade die lokalen Organisationen einsetzen und planmäßig ausgebaute Agitationen durchführen.

Einige Sektionen beschäftigten sich mit der Gründung und Durchführung von sozialistischen Sonntagschulen. Im Interesse eines fruchtbringenden Arbeitens dieser Institution, die steht und fällt mit den Lehrkräften, wäre eine Konferenz aller Frauengruppen, die sich mit dieser Frage befassen, sehr wünschenswert.